

Antwort des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf die Frage Martin Romanczyks (dpa)

05.06.2024

Internationales Ökonomisches Forum in St. Petersburg:
Pressekonferenz vom 5.6.24

Nachrichtendirektor bei DPA Martin Romanczyk: Guten Abend, Herr Präsident. Guten Abend allerseits.

Bundeskanzler Scholz hat Waffenlieferungen an die Ukraine zugestimmt. Ich möchte Sie fragen, wie Sie reagieren würden, wenn Scholz seine Meinung ändern würde. Und was bedeutet das Ihrer Meinung nach für Deutschland? Haben Sie versucht, Herrn Bundeskanzler zu warnen, zu warnen oder vielleicht zu bedrohen, als er die Entscheidung traf, Waffen in die Ukraine zu schicken?

Wladimir Putin: Warum würden Sie denken, dass wir irgendjemanden bedrohen würden? Wir bedrohen niemals jemanden, am wenigsten das Oberhaupt eines anderen Staates. Das wären schlechte Umgangsformen, inakzeptabel für einen höflichen Umgang miteinander.

Wir haben unseren eigenen Standpunkt zu bestimmten Themen. Wir kennen die Haltung der europäischen Staaten, auch der deutschen, zu den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine.

Jeder glaubt, dass Russland den Krieg in der Ukraine begonnen hat. Aber niemand – das möchte ich betonen - niemand im Westen, niemand in Europa ist bereit, sich daran zu erinnern, wie diese Tragödie begann. Es begann mit einem verfassungswidrigen Putsch in der Ukraine. Dies war der Beginn des Krieges. Aber ist Russland an diesem Putsch schuld? Nein. Haben diejenigen, die heute versuchen, Russland die Schuld zu geben, vergessen, dass die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs damals nach Kiew gereist sind und als Garanten das Dokument zur friedlichen, verfassungsmäßigen Lösung der Krise unterzeichnet haben? Das ist etwas, was Europa, einschließlich Deutschland, gerne vergisst. Denn wenn sie sich erinnerten, müssten sie erklären, warum die Führer Deutschlands zusammen mit den anderen Unterzeichnern nie die Veranstalter des Putsches in der Ukraine dazu aufgefordert haben, sich in den Rahmen der

Verfassung zurück zu bewegen. Warum haben sie ihre Verpflichtungen als Garanten für Vereinbarungen zwischen der amtierenden Regierung und der Opposition so vernachlässigt? Sie sind für das, was passiert ist, genauso verantwortlich wie die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die die verfassungswidrige Machtergreifung provoziert haben. Wissen sie nicht, was folgte? Die Bewohner der Krim beschlossen, sich von der Ukraine zu trennen, und die Bewohner des Donbass weigerten sich, denjenigen zu gehorchen, die den Putsch in Kiew durchgeführt hatten. Das ist das, was folgte. So begann dieser Konflikt.

Danach bemühte sich Russland nach Kräften, eine Formel für eine friedliche Lösung zu finden. Die sogenannten Minsker Abkommen wurden 2015 in Minsk unterzeichnet. Sie wurden übrigens durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates institutionalisiert. Es war ein umsetzbares Dokument. Stattdessen entschieden sie sich, dieses Problem militärisch zu lösen. Sie setzten Artillerie, Panzer und Flugzeuge gegen Zivilisten im Südosten der Ukraine ein. Aus irgendeinem Grund möchte niemand, ich wiederhole, niemand darüber sprechen, weder in Deutschland und anderen europäischen Ländern noch in den Vereinigten Staaten. So ist das.

Wir haben die Unterzeichnung der Minsker Abkommen ermöglicht, aber es stellte sich heraus, dass niemand danach handeln würde. Der ehemalige Bundeskanzler von Deutschland und der ehemalige Präsident von Frankreich haben dies öffentlich erklärt.

Was bedeutet das, Herr Romanczyk? Sie gaben öffentlich zu, dass sie die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzen würden, und unterschrieben sie nur, um Zeit für die Bewaffnung der Ukraine zu gewinnen und die Voraussetzungen zur Fortsetzung der Feindseligkeiten zu schaffen. Alles, was sie taten, war es, uns Sand in die Augen zu streuen. Ist das nicht so? Gibt es eine andere Möglichkeit zu erklären, was passiert ist?

Seit acht langen Jahren bemühen wir uns um eine friedliche Lösung. Acht Jahre!

Ein ehemaliger Bundeskanzler sagte mir einmal: „Wissen Sie, im Kosovo sind wir, die NATO, ohne Sicherheitsratsresolution vorgegangen, weil im Kosovo acht Jahre lang Blut vergossen wurde.“ Was ist mit dem Blut des russischen Volkes, das im Donbass vergossen wurde? War es Wasser, nicht Blut? Niemand wollte dem Beachtung schenken.

Letztendlich waren wir dazu gezwungen, als die damaligen ukrainischen Behörden sagten, dass ihnen keine einzige Klausel der Minsker Abkommen gefiel, und der damalige Außenminister sagte, sie würden sie nicht erfüllen.

Ist ihnen klar, dass diese Gebiete in den wirtschaftlichen und sozialen Ruin gestürzt wurden? Acht Jahre lang. Ich spreche nicht einmal von Morden, ständigem Töten von Frauen, Kindern und so weiter.

In Anbetracht dessen waren wir gezwungen, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen. Wir haben ihre Unabhängigkeit fast acht Jahre lang nicht anerkannt. Wir haben uns darauf gefreut, dass sich beide Seiten einigen und dieses Problem friedlich lösen. Acht Jahre! Als sie sagten, sie würden keine Friedensabkommen umsetzen, mussten mit militärische Mitteln dafür sorgen.

Wir waren nicht diejenigen, die diesen Krieg angefangen haben. Der Krieg begann 2014 nach dem Putsch und ihrem Versuch, Kanonen einzusetzen, um den Widerstand der Menschen zu brechen, die sich dem Putsch widersetzen.

Und jetzt für die Menschen, die das internationale Geschehen und internationales

Recht verfolgen. Was geschah dann? Was taten wir? Wir haben haben das acht Jahre lang ausgeblendet. Was haben wir getan, als uns klar wurde, dass die Minsker Vereinbarungen niemals erfüllt würden? Bitte beachten Sie alle: Wir haben die Unabhängigkeit dieser selbsternannten Republiken anerkannt. Durften wir das aus völkerrechtlicher Sicht tun oder nicht? Wie Artikel Eins der UN-Charta sagt, durften wir. Es geht um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen hat entschieden (und in schriftlicher Form festgehalten), dass ein Territorium eines Landes, das beschließt, unabhängig zu werden, nicht verpflichtet ist, bei den höheren Behörden dieses Landes um Erlaubnis nachzusuchen. All dies wurde in Bezug auf den Kosovo getan. Es gibt eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, die lautet: Wenn ein Territorium die Unabhängigkeit beschlossen hat, ist es nicht verpflichtet, bei der Hauptstadt die Erlaubnis zur Ausübung dieses Rechts zu beantragen.

Wenn es jedoch so ist, wie es in der Entscheidung des UN-Gerichts geschrieben steht, dann hatten diese nicht anerkannten Republiken, die Republiken Donezk und Lugansk, das Recht dazu. Und das taten sie. Hatten wir das Recht, sie anzuerkennen? Natürlich haben wir das getan. Und wir haben sie erkannt. Als nächstes haben wir eine Vereinbarung mit ihnen geschlossen. Durften wir eine Vereinbarung mit ihnen unterzeichnen oder nicht? Ja, natürlich. Das Abkommen sah die Unterstützung dieser Staaten im Falle einer Aggression vor. Kiew führte einen Krieg gegen diese Staaten, was wir acht Jahre später erkannten. Acht Jahre.

Durften wir sie anerkennen? Wir könnten. Und dann haben wir ihnen gemäß Artikel 51 der UN-Charta Hilfe geleistet. Wissen Sie, egal was irgendjemand sagt, genau das habe ich Herrn Guterres gesagt, die Logik, der wir Schritt für Schritt gefolgt sind. Wo ist hier der Fehler? Wo sind hier die Verstöße gegen das Völkerrecht? Unter Berücksichtigung des Völkerrechts gibt es keine Verstöße.

Dann hören wir die Antwort: Nun, du hast trotzdem angegriffen. Wir haben nicht angegriffen, sondern uns verteidigt, nur um es allen klar zu machen. Den ersten Schritt in Richtung Krieg machten diejenigen, die den blutigen verfassungswidrigen Staatsstreich ermutigten.

Nun zu den Waffenlieferungen. Waffenlieferungen in ein Konfliktgebiet sind immer eine schlechte Idee. Vor allem, wenn diejenigen, die Waffen liefern, diese nicht nur liefern, sondern auch bedienen. Es ist ein sehr ernster und sehr gefährlicher Schritt. Sie und ich wissen das, und die Bundesrepublik leugnet es nicht (ich weiß schon gar nicht, wie es an die Presse gelangt ist), dass ein Bundeswehrgeneral darüber diskutiert hat, wo und wie man einen Militärschlag ausführt: entweder auf die Krimbrücke oder auf andere Einrichtungen innerhalb Russlands, einschließlich eines Territoriums, das zweifellos zu Russland gehört.

Als die ersten deutschen Panzer, Panzer Made in Germany, auf ukrainischem Boden auftauchten, löste das in Russland einen moralischen und ethischen Schock aus, weil die Einstellung in der russischen Gesellschaft zur Bundesrepublik immer sehr gut war. Sehr gut. Wenn sie jetzt sagen, dass einige Raketen auftauchen werden, die Einrichtungen auf russischem Territorium angreifen würden, wird dies sicherlich die russisch-deutschen Beziehungen für immer zerstören. Aber wir verstehen, dass, wie einer der bekannten

deutschen Politiker sagte, die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nie ein souveräner Staat im wahrsten Sinne des Wortes war.

Wir standen in Kontakt mit Herrn Scholz, wir haben uns oft getroffen. Ich will die Leistung der Bundesregierung nicht bewerten, aber es ist das deutsche Volk, die deutschen Wähler, die solche Einschätzungen treffen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen vor der Tür; wir werden uns ansehen, was dort passieren wird. Soweit ich weiß - natürlich liegt mir Deutschland wirklich am Herzen, ich habe dort viele Freunde, mit denen ich versuche, nicht in Kontakt zu treten, um ihnen nicht zu schaden, ich versuche, keine Beziehungen zu ihnen zu pflegen, aber ich kenne diese Leute einfach seit vielen Jahren, ich weiß, dass sie verlässliche Freunde sind und ich habe viele von ihnen in Deutschland. Ich bin mir also auch der Kräfteverhältnisse auf der politischen Bühne bewusst. Soweit ich weiß, wenn ich mich nicht irre, hat die CDU / CSU jetzt irgendwo um die 30 Prozent, die Sozialdemokraten haben etwa 16 Prozent, die Alternative für Deutschland hat bereits 15 Prozent, und alle anderen liegen darunter. Das ist die Antwort des Wählers. Das ist die Stimmung der Deutschen, die Stimmung des deutschen Volkes.

Ich verstehe die Abhängigkeit der Bundesrepublik im Bereich der Verteidigung, in der Sicherheit im Allgemeinen. Ich verstehe ihre Abhängigkeit in der Politik, in der Informationspolitik, denn wo Sie auch hindeuten, zu welchem großen Medienunternehmen (ich weiß nicht, wo Sie arbeiten), der Nutznießer, einige US-Stiftungen, befindet sich letztendlich im Ausland. Nun, ich gratuliere diesen amerikanischen Stiftungen und denjenigen, die eine solche Politik betreiben: Es ist außergewöhnlich, dass sie das Informationsfeld Europas in Bezug auf ihre Interessen so fest im Griff haben. Und sie bemühen sich auch sehr, sich nicht zu offenbaren.

Es ist alles verständlich. Der Einfluss ist enorm und es ist sehr schwierig, sich dagegen zu wehren. Es ist klar. Aber es gibt einige elementare Dinge. Da wir über diese elementaren Dinge sprechen: wie seltsam, dass niemand in der gegenwärtigen deutschen Führung deutsche Interessen schützt. Es ist klar, dass Deutschland keine volle Souveränität hat, aber die Deutschen sind immerhin noch da. Ihre Interessen sollten zumindest ein wenig berücksichtigt und geschützt werden.

Schauen Sie: Die unglückseligen Pipelines auf dem Grund der Ostsee sind gesprengt worden. Niemand ist auch nur empört - als ob es so sein sollte. Trotzdem liefern wir weiterhin Gas über das Territorium der Ukraine nach Europa. Wir liefern weiterhin Gas. Dort gab es zwei Pipelinesysteme, und die Ukraine schloss eines davon, schraubte am Ventil, schloss es einfach und das war alles, obwohl es dafür keinen Grund gab. Es blieb nur ein Pipelinesystem übrig - na ja, okay. Aber Gas geht durch sie nach Europa, und europäische Verbraucher erhalten dieses Gas. Unser Gas geht auch über Turkish Stream durch die Türkei nach Europa, und die europäischen Verbraucher erhalten es.

OK, eine Nord Stream-Leitung wurde gesprengt, aber eine andere Nord Stream-Leitung ist intakt, Gott sei Dank. Warum will Deutschland unser Gas nicht durch diese Leitung erhalten? Kann jemand die Logik erklären? Sie können es durch die Ukraine bekommen, Sie können es durch die Türkei bekommen, aber Sie können es nicht durch die Ostsee bekommen. Was ist das für ein Unsinn? Es gibt keine formale Logik darin, ich verstehe es nicht einmal.

Sie würden besser sagen, dass Europa überhaupt kein Gas bekommen sollte. OK, gut, wir werden darüber hinwegkommen, Gazprom wird überleben. Aber Sie brauchen es nicht, Sie müssen überteuertes Flüssigerdgas kaufen, das über den Ozean verschifft wird. Wissen Ihre 'Umweltschützer' nicht, wie verflüssigtes Erdgas hergestellt wird? Durch Fracking. Fragen Sie die Leute in den Vereinigten Staaten, wo sie dieses Gas produzieren – manchmal bekommen sie Schlamm statt Wasser aus ihren Wasserhähnen. Ihre 'Umweltschützer', die in der Regierung an der Macht sind, wissen das nicht? Sie tun es wahrscheinlich.

Polen hat seine Jamal-Europa-Pipeline geschlossen. Gas wurde über Polen nach Deutschland geliefert. Wir haben es nicht abgeschaltet, die Polen haben es getan. Sie wissen besser als ich, welche Auswirkungen die Beendigung unserer Beziehungen im Energiesektor auf die deutsche Wirtschaft hat. Es ist ein trauriges Ergebnis. Viele große Industrieunternehmen suchen einen Bauplatz, aber nur nicht auf deutschem Territorium. Sie errichten Betriebe in den USA und in Asien, aber die dortigen Geschäftsbedingungen machen die deutsche Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Und das kann übrigens schwerwiegende Folgen für die europäische Wirtschaft insgesamt haben, denn die deutsche Wirtschaft (das ist jedem bewusst, keine Beleidigung für andere Europäer) ist die Lokomotive der europäischen Wirtschaft. Wenn es niest und hustet, bekommen alle anderen sofort die Grippe. Auch Frankreichs Wirtschaft taumelt gerade am Rande der Rezession, das weiß jeder. Und wenn die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, wird ganz Europa schaudern.

Ich schlage nicht vor, dass die euro-atlantischen Bindungen abgebrochen werden sollten. Andernfalls könnte jemand (nicht unbedingt Sie) hören, was ich sage, und daraus schließen, dass ich dazu aufrufe, die euroatlantische Solidarität aufzubrechen. Hören Sie, Ihre Politik ist fehlerhaft, und Sie machen bei jedem Schritt eklatante Fehler. Ich denke, die aktuellen Entwicklungen stellen einen großen Fehler für die Vereinigten Staaten selbst dar. In dem Bestreben, ihre Führungsrolle mit den von ihnen eingesetzten Mitteln aufrechtzuerhalten, schaden sie sich selbst. Aber für Europa ist es noch schlimmer. In der Tat könnten Sie sagen: „Wir unterstützen Sie in diesem, jenem und jenen, aber eines ist uns vorbehalten. Schauen Sie, wenn wir unsere Wirtschaft untergraben, werden alle die Konsequenzen spüren. Das können Sie nicht wollen, wir sind dagegen, das ist tabu, berühren Sie es nicht.“

Aber das tut die Bundesregierung auch nicht. Ehrlich gesagt bin ich manchmal verwirrt und kann die Logik hinter dieser Verhaltensweise nicht erkennen. Okay, sie würden Russlands Wirtschaft untergraben, und sie dachten, sie würden drei bis sechs Monate brauchen, um dorthin zu gelangen. Jeder kann jedoch sehen, dass dies nicht geschieht. Im vergangenen Jahr ist unsere Wirtschaft um 3,4 Prozent gewachsen. In diesem Jahr wuchs es im ersten Quartal um 5,4 Prozent. Außerdem haben internationale Finanz- und Wirtschaftsorganisationen - die Weltbank hat einige Zahlen bestätigt (es war unser Ziel) – und wir standen auf dem fünften Platz in Bezug auf die Kaufkraftparität in der Welt und wir haben uns das Ziel gesetzt, es auf den vierten Platz zu schaffen. Ich denke, Sie folgen den Berechnungen unserer Kollegen von internationalen Finanzinstitutionen. Vor kurzem, letzte Woche, glaube ich, hat die Weltbank die Zahlen zu unserem BIP durchgesehen, nur um herauszufinden, dass wir Japan in dieser Hinsicht übertreffen.

Nach Angaben der Weltbank ist Russland gemessen an der Kaufkraftparität die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, was bedeutet, dass wir dieses Ziel erreicht haben.

Das ist aber nicht wirklich wichtig. Dies ist kein Selbstzweck. Wichtig ist jedoch, das Tempo und den Fortschritt aufrechtzuerhalten. Bisher konnten wir das, weil im ersten Quartal, wie ich bereits sagte, unser BIP 5,4 Prozent betrug. Der Grund, warum ich das sage, ist nicht, damit zu prahlen. Ich möchte, dass diejenigen, die versuchen, uns in die Quere zu kommen, uns Schaden zuzufügen und unseren Fortschritt zu verlangsamen, erkennen, dass das, was sie tun, ihnen selbst mehr schadet als uns. Sie sollten dies erkennen, Schlussfolgerungen ziehen und ihre Wege zu ihrem eigenen Vorteil verbessern. Aber wir sehen davon nichts.

Nichts für Ungut, aber ich denke, dass das Niveau der beruflichen Ausbildung der Entscheidungsträger, auch in der Bundesrepublik, zu wünschen übrig lässt.

Quelle: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/74223>

Stand: 08.06.2024

(nicht autorisierte Übersetzung)